

MEINUNG

Universitätskanton!



Daniela
Schneeberger*

Die Erleichterung ist sehr gross. Seit inzwischen fünf Jahren ist der Kanton Basel-Landschaft der gleichwertige Mitträger der Universität Basel. Mit einer Zustimmung von beachtlichen 85 Prozent haben die Baselbieter dies im Jahr 2006 auf eindrückliche Weise nicht anders beschlossen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, die finanziell und ideell viel weniger zum Hochschulsystem unseres Landes beitragen, wurde uns bis gestern aber der Status eines Universitätskantons vom Bund nicht eingeräumt. Im Dezember des letzten Jahres hat der Ständerat nun die Motion des Baselbieter Ständerats Claude Janiak «Anerkennung des Kantons Basel-Landschaft als Universitätskanton» gutgeheissen, nachdem die entsprechende Stellungnahme des Bundesrates ebenfalls positiv ausgefallen ist.

Ausdrücklich anerkennt der Bundesrat das politische und finanzielle Engagement des Baselbiets als paritätischer Mitträger der Universität Basel. Die vorberatende Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat sich Ende April 2012 noch gegen eine Überweisung der Motion ausgesprochen. Die Kommissionsmehrheit tat dies aus formellen Gründen und verwies auf das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG), wonach dem künftigen Hochschulrat insgesamt 14 Kantonsvertreter angehören und die Sitzverteilung Sache der Kantone sei. Im HFKG findet der Kanton Basel-Landschaft aber keine ausdrückliche Erwähnung als Universitätskanton.

Der Nationalrat hat am Mittwoch in seiner Sommersession über die Motion von Ständerat Claude Janiak definitiv entschieden und knapp, nämlich mit 80 gegen 78 Stimmen, Ja gesagt. Im Interesse unseres Kantons mussten wir als regionale Parlamentarier alles daransetzen, dass das

Ratsplenum nicht seiner Kommission folgt, sondern den Vorstoss an den Bundesrat überweist, zumal sich dieser ja bereit erklärt hat, das Anliegen aufzugreifen. Ich meine, wir müssen unseren Ratskolleginnen und -kollegen aus den anderen Landesteilen das Engagement unseres Kantons im Hochschulbereich deutlich machen.

Und hier noch ein paar weitere Zahlen, die das Ja von dieser Woche zusätzlich stützen. In der Periode 2010 bis 2013 leistet das Baselbiet einen jährlichen Betriebsbeitrag von 150 Millionen Franken an die Universität Basel. Mit weiteren namhaften finanziellen Beiträgen und Mitträgerschaften (Fachhochschule Nordwestschweiz, Department of Biosystem Science and Engineering der ETH, Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique Muttenz) nehmen wir eine vordere Position ein und leisten erheblich mehr, als mehrere kleinere, vom Bund anerkannte Universitätskantone.

Als gleichberechtigter Mitträger der Universität Basel müssen wir Baselbieter in der Zukunft die Infrastruktur-Investitionen zur Hälfte mitfinanzieren. Im Bereich Life Sciences stehen in den kommenden Jahren enorme Investitionen bevor, die auch für den Wissens- und Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung sein werden.

Angesichts dieses nachgewiesenen und übrigens von allen Seiten auch nie in Zweifel gezogenen Engagements des Kantons Basel-Landschaft ist es mehr als gerechtfertigt, dass nun endlich auch die formellen Voraussetzungen geschaffen werden konnten, damit wir in den hochschulpolitischen Organen gleichberechtigt mit den anderen Hochschul-Kantonen mitreden und mitentscheiden können. Damit haben wir am Mittwoch ein wichtiges Ziel erreicht.

Wir wollen heute mitreden und nicht erst, wenn ein Hochschulkonkordat ausformuliert und ratifiziert ist, das unser Anliegen vielleicht berücksichtigt. Dies wird übrigens noch Jahre beanspruchen, in denen aber wegweisende Entscheidungen gefällt werden.

*Daniela Schneeberger, seit letztem Winter FDP-Nationalrätin und Treuhänderin, Thürnen

BRIEFE

Managed Care

Wahl des Hausarztes ist entscheidend

Die Gegner von Managed Care hängen die ganze Sache an der freien Arztwahl auf. Den richtigen Arzt zu wählen, ist genauso eine Lotterie wie die Wahl eines Politikers in ein öffentliches Amt. Die Wahl des Hausarztes ist wichtig und diese bleibt weiterhin den Patienten überlassen.

Welcher Arzt übernimmt schon eine Verantwortung für eine Fehlleistung? Ob ich den richtigen Arzt gewählt habe, merke ich erst, wenn eine Behandlung erfolgreich war. Wenn ein Medikament abgegeben wird, weiss man im Voraus nie, ob es das richtige in der korrekten Dosierung war, weil keine zwei Patienten genau gleich auf Wirkung und Nebenwirkung ansprechen. Als Patient ist man immer dem Können des Arztes ausgeliefert und jeder hat seine Stärken und Schwächen. Ob ich Letztere als Laie freiwillig falsch wähle, spielt für den Erfolg einer Therapie keine Rolle.

Tatsache ist, dass mit dem gegenwärtigen System die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr steigen, nicht aber der Erfolg für die Patienten. Also ist es sinnvoll, dass man endlich versucht, überflüssige Doppelspurigkeiten der Untersuchungen zu unterbinden.

Johanna Haidvogel-Werder, Gelterkinden

Auns-Initiative

Ja zu mehr Demokratie

Ein wichtiges, jedoch nicht ganz unumstrittenes Anliegen. Diese Initiative als rein populistische Aktion der Auns abzutun, ist etwas billig. Als Vertreter einer Wirtschaftspartei bin ich mir natürlich der Wichtigkeit und auch der Notwendigkeit von Rechtssicherheit bei zwischenstaatlichen Verträgen bewusst.

Nach meinem Demokratieverständnis ist es jedoch genauso unbestritten, dass das Volk bei wichtigen und folgenswerten Entscheidungen für unser Land immer das letzte Wort haben sollte. Den bescheidenen Mehraufwand für die jährlich schätzungsweise acht zusätzlichen Abstimmungsvorlagen sollte es uns wert sein, dem mündigen Stimmvolk das Vertrauen auszusprechen.

Eine Annahme der noch weitere Vorteile von multilateralen Verhandlungen. Ein Blick auf eine zu Absegnung durch das eherweise härter verhalten für die Schweiz ener. Zum anderen würde die Verträgen durch eine Stimmvolks gestärkt.

Die Gegner wollen dass bei einer Annahme Standort Schweiz geschehe. Ich glaube nicht, dass die Stimmbevölkerung unser «motor» bewusst schwächen sieht aber die Probleme globaleren Welt und für eine schlechtere fremdem Recht weiter.

Eine Annahme die unsere Demokratie und gewisse Politiker am sieren.

Marco Born,

Bezirksgerichte

Der Stimmbürger wird getäuscht

Die Regierung will die Gerichte reorganisieren und neue Gerichte schaffen. Die sollen zentralisiert und an einem Standort erreicht werden. Schon zweimal nicht gelungen. Die Amtsnotariate privat. Frage mich, ob der Entschluss Zusammenlegung der Gerichte ab 2014 jährlich 230 Millionen machen soll, die Zersplitterung, bürgernah und fertig.

Die Bezirksschreiberliche Dienstleistungsgemeinschaft, die Gerichte im Kanton selbst, die zur effizient und bürgerlichen. Die Bezirksschreiberlichen des Gesetzes kostend und also keinen negativen Staatsrechnung haben.

Eine konkrete Planung mit den frei wählbaren geschehen soll, gibt es stehen unter Heimat.